

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zusätzlich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 165 B

BERLIN • Sonnabend, den 16. Juli 1932

1. JAHRGANG

Planmäßige Mordaktion der SA.

Sieben Arbeiter ermordet. / Kein Schutz durch die Polizei. / Schließt die Reihen!

Es ist kein Zweifel: in den Mordzügen, die die Nazis seit Sonntag organisieren und die seitdem andauern → begleitet von der Hetze des „Angriff“ — liegt System.

In furchtbarer Weise hat die SA am Mittwoch gehaust. Dabei hatte sie es in erster Linie auf Kommunisten abgesehen. Die „Rote Fahne“ brachte am Donnerstag abend durch Extraausgabe folgende Bilanz:

„In Siemensstadt ermordete ein SA-Trupp unter Führung des Betriebszellenobmanns der Siemens-Nazis die Genossen: Ferdinand Grothe, Mitglied des Antifaschistischen Kampfbundes, erwerbslos, Vater von zwei Kindern; Georg Brechlin, Mitglied der KPD und des Industrieverbandes für das Baugewerbe.

Lebensgefährlich verletzt sind die Genossen Kopitsch (Mitglied der KPD), 21 Jahre alt; Fritz Ritter (Mitglied des Antifaschistischen Kampfbundes), 21 Jahre alt; Richard Kloth (Mitglied der KPD).

Sie erhielten Bauch- und Kopfschüsse, bis auf den Genossen Ritter, der durch Messerstiche furchtbar zugerichtet ist.

Sehr schwer verletzt wurde Genosse Wolfgang Kempkens, 31 Jahre alt, vorher vom Reichsbanner zur KPD übergetreten. Sein Vater ist der bisherige Redakteur des sozialdemokratischen „Spandauer Volksblattes“.

In Oberschöneweide wurden von Nazis auf Fahr- und Motorrädern Salven auf antifaschistische Arbeiter am Markt abgegeben. Vier Genossen sind verletzt, darunter zwei sehr schwer.

In denselben Stunden, da sich in Berlin die Arbeiter in ihrem Blut wälzten, in derselben Stunde, da die Nazi-Betriebszellenleitung von Siemens zwei erwerbslose Arbeiter ermordet, in derselben Stunde brachen unter dem Mordstahl der Hakenkreuzler in Darmstadt der parteilose Arbeiter Walter, in Düsseldorf der Parteigenosse Sonnen, in Hannover der parteilose Arbeiter Plesmann, in Kanth (Schles.) der Reichsbannermann Tielke, in Marne der Streikführer der Landarbeiter, Genosse Bauer, tot zusammen.“

Ein Genosse, der die Metzerei in Siemensstadt miterlebt und auch an der Demonstration im Westen teilgenommen hat, an die sich der Ueberfall der NS anschloß, berichtet in der „Roten Fahne“:

„Wir waren ungefähr 46 Mann und marschierten in fünf Gruppen. Ein Polizeiführer begleitete uns bis zum Bahnhof Jungfernheide. Beim Vorbeimarsch an der SA-Kaserne Tegeler Weg Ecke Mindener Straße beobachteten mehrere Genossen durch die offen stehenden Fenster, wie im Lokal, als man uns sah, einige Nazis sofort ans Telefon sprangen.

Wir setzten unseren Weg fort. Kurz hinter dem Bahnhof Wernerwerk in Siemensstadt blieb ein Teil der Kameraden zurück. Erschöpft von dem langen Marsch wollten sie sich etwas erfrischen. Geld hatte niemand. Die Genossen sind meist alle erwerbslos. Aus einem Lokal bekamen sie Gläser und tranken von einer Pumpe an der Straße Wasser. Für einige unserer Kameraden sollte es das letzte sein.

Die Vorangehenden begegneten an der ersten Querstraße zehn Nazis, die sofort provozierten. Einer von uns rief: „Geht weiter, Kameraden!“

Kaum hatten wir jedoch die nächste Ecke passiert, stürzten plötzlich aus der Herzstraße, von der Nazi-Kaschemme „Zur Sonne“ her kommend, 50—60 SA-Banditen. „Hilfe“, rief ein Kamerad. Wir drehten uns um. Dem Genossen Valentin Solowski, der ziemlich am Ende unserer Gruppe ging, hatten die Hunde

ihre Messer in den Hinterkopf gejagt.

Wir befreiten ihn und zogen uns zurück. In diesem Moment tauchten zwei Polizisten auf. Einer trug einen Helm, der andere eine Mütze. Sie brüllten hinter uns her: „Alles weitergehen!“ Sie stellten sich aber nicht der weiter auf uns einstürmenden Hakenkreuzhorden entgegen.

Von der anderen Straßenseite erscholl plötzlich ebenfalls lautes Gebrüll. Aus dem Rohrdamm stürzten an 60 Nazis von der Seite auf uns los. Die Banditen waren mit Seitengewehren, Dolchen und Pistolen bewaffnet. Auch dieser Gruppe wurde von den Polizisten nicht Einhalt geboten. Wir wehrten uns gegen die Uebermacht, so gut wir konnten. Erbittert kämpften wir um unser Leben. Es hieß die Zähne zusammenbeißen. Am Schaltwerk hatten wir schon mehrere Verletzte. Unter

ihnen befand sich der Genosse Kempkens, der erst vor einiger Zeit vom Reichsbanner zur KPD gekommen ist.

Weit und breit kein Ueberfallkommando. Wir waren fast vollkommen umzingelt. Am Verwaltungsgebäude hörten wir, wie in den Gebüschchen die Nazis ihre Pistolen entschickten.

Es gelang uns nicht mehr, rechtzeitig in Deckung zu gehen. Kurz hintereinander krachten 15 Schüsse. Neben mir schrie der Genosse Kopetsch plötzlich auf: „Ich bin getroffen.“ Wir sprangen hinzu, rissen ihm sein Jackett herunter. Blut tropfte auf unsere Hände. Um uns krachten die Schüsse. Ueberall brachen Kameraden zusammen.

Wir blickten uns nach der Schupo um. Einer war getümt. Der andere hatte sich hingeworfen. Die Pistole hielt er in der Hand. Aber er schoß nicht gegen die Nazis, die wie wild drauflos mordeten. Mehrere Genossen riefen ihm zu:

„Mensch, gib her die Kanone, wenn du nicht schießen kannst, dann schießen wir.“ Er gab sie nicht her.

Nach dem Mord stürmten die Nazis davon. Sie müssen aus anderen Stadtteilen zusammengezogen worden sein. Soviel Nazis gibt es nicht in Siemensstadt. Unter den Bluthunden haben wir den Nazibetriebsrat vom Kabelwerk Karsch gesehen. Einzelne Genossen haben beobachtet, daß er zwei Pistolen in den Händen hatte.

Wir trugen unsere verwundeten Kameraden in das Portiergehäude des Schaltwerks. Einen nach dem andern. Jetzt erst konnten wir übersehen, was das braune Mordgesindel aus dem Hinterhalt angerichtet hat. Die blutigen Kleidungsstücke, das Stöhnen der verwundeten Kameraden trieb manch einem von uns vor Wut und Empörung die Tränen in die Augen. Ein Ueberfallkommando kam gerade noch zu recht, um Tote und Verwundete zu bergen.“

Ähnliche Berichte über die anderen Bluttaten liegen vor. Durchgängig fällt der völlig ungenügende Schutz der Arbeiter durch die Polizei auf. Das ist nicht zufällig. Severings Tatenlosigkeit erweckt den Eindruck, als habe er den Widerstand gegen die Nazis aufgegeben. Schon vor einiger Zeit berichteten wir, daß Polizeipräsidenten, Parteigenossen von Severing, ihm gesagt haben: wir verstehen nicht, daß Sie nicht handeln; die Macht unserer Polizei ist hinreichend und noch zuverlässig genug, um aufzuräumen mit den SA-Terrorakten auf der Straße. Severing hat sich nicht entschlossen, zuzugreifen. Am Donnerstag, dem Abend nach den Morden von Siemensstadt, sprach Severing in den Tennishallen in Wilmerdorf. Da stand der Kommandeur der preußischen Polizei; in einer Stunde, die jedem Arbeiter die Frage aufdrängt: was können wir erwarten an Schutz seitens der Polizei? Werden wir von ihm ein offenes Wort der Rechenschaft hören? Mit keiner Andeutung ging Severing auf diese Fragen ein; seiner Rede konnte man nicht anmerken, daß der Redner in irgend einer Beziehung zur Polizei stand. Das ist die einschneidendste Tatsache der Wilmerdorfer Kundgebung; sie wurde unterstrichen durch die riesige Fassade äußerer Sicherheit, die Severing sich mit Witzchen zu geben suchte, die dem blutigen Ernst der Stunde nicht angemessen waren.

Was soll geschehen?

Zunächst muß diese Stunde zu einer kraftvollen geschlossenen Demonstration ausgenutzt werden; zu mehr als einer Demonstration; zu einem Ruck, der die Reihen der Arbeiterschaft enger schließt. In diesen Tagen findet die Beerdigung der ermordeten Arbeiter von Siemensstadt statt. Der Termin ist uns noch nicht bekannt geworden.

Diese Gelegenheit muß ausgenutzt werden, um alles, was Beine hat und die Morde der SA verabscheut, zu einer wichtigen Kundgebung zusammenzubringen — ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit, ohne jetzt die Teilnahme etwa sozialdemokratischer Gruppen durch den Ausschluß ihrer Führer von einer solchen Kundgebung zu vereiteln.

Trotz Severing kommt es in dieser Stunde auf diese Auseinandersetzung nicht an. Denn diese Gelegenheit ist kurz. Ergreift sie! Nehmt teil an der Beerdigung! Gelingt die einheitliche Demonstration, dann ist der Ausgangspunkt für weiteres Vorgehen der Berliner Arbeiterschaft geschaffen, etwa in der Forderung: hinaus mit der „Angriff“-Mordzentrale aus Berlin!

Die blamierte Geheimdiplomatie von Lausanne.

Die zwei Dokumente.

S. H. Inmitten der schlecht verhüllten allgemeinen Erregung, in der sich die Außenministerien infolge der jetzt bekanntgewordenen Dokumente über Lausanne befinden, gilt es, zunächst noch einmal folgende Tatsachen festzuhalten:

Es besteht erstens eine Vereinbarung zwischen Frankreich und England,

wonach diese beiden mit der Aufforderung an eine Reihe europäischer Staaten herantreten, mit ihnen in Abrüstungsfragen, in der Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz, bei Abschlüssen von Handelsverträgen miteinander Fühlung zu nehmen. Ferner wollen die Regierungen Englands und Frankreichs nötigenfalls in voller Offenheit „einen Meinungs-austausch über alle Fragen vollziehen, die ihnen zur Kenntnis kommen.“ Diese Abkommen hat zuerst Simon im englischen Unterhaus mitgeteilt, dann Herriot vor der französischen Kammer. Herriot hat es gekennzeichnet unter dem Namen, der denn auch die Bedeutung dieses Abkommens der Welt klargemacht hat:

Entente cordiale zwischen Frankreich und England.

Es besteht ferner ein Abkommen, das in Lausanne zwischen Frankreich, England, Belgien und Italien getroffen worden ist.

Dieses Abkommen hat das französische Außenministerium am Donnerstag mittag veröffentlicht. Es hat folgenden Inhalt:

„Die Lausanner Abkommen treten erst nach der in diesem Abkommen vorgesehenen Ratifizierung endgültig in Kraft. Was die Gläubigermächte anlangt, in deren Namen dieses Schriftstück paraphigriert ist, so wird die Ratifizierung nicht eher stattfinden, bis zwischen ihnen und ihren eigenen Gläubigern eine befriedigende Lösung erzielt worden ist. Sie haben alle Freiheit, ihre Haltung vor ihren Parlamenten darzulegen. Im Wortlaut des Abkommens mit Deutschland wird dagegen nicht auf dieses Uebereinkommen hingewiesen werden. Wenn in der Folge eine befriedigende Lösung ihrer eigenen Schulden erreicht worden ist, werden die unterzeichneten Gläubigermächte die Ratifizierung vornehmen, womit das Abkommen mit Deutschland Rechtskraft erhält.

In dem Falle, in dem eine Regelung der Schulden nicht erzielt werden kann, wird das Abkommen mit Deutschland nicht ratifiziert werden. Dadurch würde eine neue Lage entstehen und die interessierten Regierungen würden sich darüber einigen, was zu geschehen hat. In diesem Falle wird die Rechtslage aller interessierten Mächte wieder die werden, die vor dem Hoover-Moratorium bestanden hat.

Die Reichsregierung wird von diesem Abkommen unterrichtet werden.“

Dieses Abkommen, über das die deutsche Regierung vor ihrer Abschlusöverhandlung mit den Gläubigermächten in Lausanne nicht orientiert war, — wie es mit der Orientierung Amerikas steht, ist nicht völlig durchsichtig, eine offizielle Benachrichtigung hat jedenfalls nicht stattgefunden —, dieses Abkommen trägt den Namen „Gentlemen-Agreement“ („Gentlemen-Abkommen“). Es enthält nichts anderes als die in unbeholfenen, aber völlig eindeutigen Wendungen vereinbarte Festlegung der Gläubigermächte, daß im Fall der Nichtregulierung der amerikanischen Forderungen der Young-Plan wieder in Kraft tritt.

MacDonald in der Klemme.

Während Frankreich im Besitz dieser beiden Dokumente sicher und ruhig nunmehr seinen Weg geht — es hat England am Arm; es hat Deutschland endgültig nichts zugestimmt; mit den Schuldzahlungen an Amerika ist England zuerst am Zug —, ist England, vor allen Dingen der ehrenwerte Gentleman Mister MacDonald in eine üble Lage geraten. Gestoßen von dem Fuchs Lloyd George, hat die englische Regierung erklärt, daß Gentlemen-Agreement bedeute keineswegs eine Rückkehr zum Young-Plan, sondern sei ausdrücklich dazu abgeschlossen worden, in einer neuen Konferenz einen neuen Ausweg zu suchen. Der jetzt veröffentlichte Wortlaut des Agreements straft MacDonald Lügen.

Dazu kommt, daß in Amerika doch offenbar eine weit stärkere Erregung über die „Gläubigerfront“, die in Europa gegen Amerika geschlossen worden ist, herrscht, als die offizielle europäische Presse bisher hat zugehen wollen, abgesehen davon, daß Polen bereits in Paris die Frage angemeldet hat, was die Entente cordiale eigentlich zu bedeuten habe, dieses Abkommen, wonach Frankreich sich in erster Linie

wieder an England orientieren wird, ohne, wie es schon jetzt geschehen ist, vorher Fühlung mit seinen Freunden im Osten zu suchen.

„Man spricht vergeblich viel, . . .“

Was tut die englische Regierung in dieser Situation? Sie hat ein neues Weißbuch veröffentlicht, in dem eine Reihe von Dokumenten zusammengerafft sind, die den Glauben an die Ehrlichkeit des englischen Mäklers zurückerobern sollen. Am interessantesten ist das dritte Dokument, das den Brief des Reichskanzlers von Papen enthält, worin dieser zum Gentlemen-Abkommen Stellung nimmt.

... Lausanne, den 9. Juli 1932.

Eurer Exzellenz bestätige ich ergebenst den Empfang des von Ihnen und den Herrn Chefs der belgischen, französischen und italienischen Delegation unterzeichneten Schreibens, das Sie mir heute nach Unterzeichnung des Abkommens von Lausanne haben zugehen lassen.

Die Ihrem Schreiben anliegende Vereinbarung der vier Delegationen vom 2. d. M. bezieht sich auf den Fall einer etwaigen Nichtratifikation des Abkommens von Lausanne, mithin auf die gleiche Frage, die auch den Gegenstand der Besprechung der Delegationschefs der sechs einladenden Mächte am 8. d. M. abend bildete. Entsprechend der bei dieser Besprechung getroffenen Verabredung habe ich noch am gleichen Abend in der öffentlichen Vollsitzung der Konferenz eine Frage wegen des in Rede stehenden Falles an den Herrn Vorsitzenden gerichtet, die von ihm sofort im Namen der einladenden Gläubigermächte beantwortet wurde.

Unter diesen Umständen halte ich mich für berechtigt, davon auszugehen, daß die Angelegenheit für Deutschland durch meine Frage an den Herrn Vorsitzenden der Konferenz und dessen Antwort geklärt worden ist.

gez. von Papen.

Die Frage, die Papen an Mac Donald gestellt hat, bezog sich darauf, ob die anderen Regierungen im Fall der Nichtratifizierung bereit seien, dann sobald wie möglich zusammenzukommen, um die neue Lage zu prüfen. Mac Donald hat damals, wie jetzt aus London bestätigt wird, erwidert:

„Ich freue mich, das feststellen zu können. Es würde sehr unratsam und sehr schwierig sein, es in den Anhang hineinzusetzen, aber ich nehme an, daß die Erklärung, die ich jetzt im Namen der einladenden Mächte abgebe, genügen wird. Sie besteht darin, daß im Fall irgendeiner Unfähigkeit, dieses Abkommen und seine Anhänge zu erfüllen, eine weitere Konferenz abgehalten werden wird.“

Ferner hat Mac Donald an die Adresse von Amerika die Erklärung gerichtet, daß alle Abkommen zwischen den europäischen Mächten nur von dem Gedanken getragen seien, eine europäische Lösung der schwebenden Fragen anzustreben, ohne die Vereinigten Staaten in die Erörterung hineinzuziehen.

In dem gleichen Sinn hat Simon in Genf vor der internationalen Presse den Versuch unternommen, alle bisherigen Vereinbarungen als eine rein europäische Angelegenheit zu deuten. Chamberlains Ausführungen im englischen Unterhaus über Besprechungen mit Vertretern der amerikanischen Regierung in Lausanne seien leider mißverstanden worden.

Die Anwaltskünste Simons wurden durch die kecke Frage eines amerikanischen Journalisten zum Abschluß gebracht. Dieser Journalist erklärte sich nämlich die Feststellung, daß doch nach den Erklärungen Herriots das Gentlemen-Abkommen die Engländer hindere, die nächstfällige Zahlung an die Vereinigten Staaten ohne Zustimmung der französischen Regierung zu machen — woraufhin Simon betreten schwieg.

Hoovers Erklärung.

Mitten in diese Versuche Englands, sich vor Amerika weiß zu waschen, ohne die Entente cordiale mit Frankreich schon wieder aufs Spiel zu setzen, trifft die Veröffentlichung eines Briefes von Hoover an Senator Borah ein.

„Lieber Senator Borah!

Ihr Schreiben über die Auswirkung der jüngsten Entwicklung in Europa auf die Regierung der Vereinigten Staaten habe ich durch Staatssekretär Stimson erhalten. Das amerikanische Volk ist natürlich erfreut, wenn eine Regelung der rein europäischen Reparationsfrage oder irgend welcher anderer politischer und Wirtschaftsfragen erfolgt ist, die bisher eine Gesundung Europas verzögerten. Ein solcher Vorgang zusammen mit einem wirklichen Fortschritt in der Abrüstungsfrage wird erheblich zur Beruhigung der Welt beitragen.

Der Streik in Belgien.

Ein Augenzeuge schreibt uns über die Eindrücke, die er bei seiner Fahrt durch das belgische Streikrevier erhalten hat:

Charleroi, 13. Juli 1932.

H. M. Als ich im Zuge durch das Streikrevier fuhr, vorbei an den riesigen Industrieanlagen, aus deren Schornsteinen kein Rauch aufstieg, deren Tore geschlossen waren und deren Werke fast völlig menschenleer dalagen, sagte ein Kapitalist, der mit mir im Abteil saß, besorgt zu seinem Nachbarn: „Alles ist geschlossen, alles, alles! Das ist der Streik!“ Die Hilflosigkeit, die in seinen Worten lag, zeigte mir die Macht der Arbeiterklasse.

Aber als ich weiter fuhr, erkannte ich, daß die Regierung der herrschenden Klasse ihre Macht dem Kampf der Arbeiter entgegengestellt hat. Auf vielen Bahnhöfen stand Militär mit Stahlhelmen. In Charleroi standen sie an den Straßeneingängen, meist mit aufgepflanzten Bajonett. Wer auf den Straßen der Stadt stehen blieb, wurde von den Soldaten weitgeschoben. Um die Polizei herum waren Drahtverhaue gebaut; der Draht an schweren Holzpflocken befestigt, die tief ins Pflaster getrieben waren.

Der Kampf der Bajonette gegen die Arbeiter ist brutal, aber keineswegs mit leichtem Erfolg geführt worden. Die Arbeiter hatten die Werke besetzt, die Soldaten mußten sie hinaustreiben. Wenn sie noch damit beschäftigt waren, wurden sie oft schon zu einem nächsten Werk abberufen, und die Arbeiter besetzten sofort wieder die alten Stellen.

Der Aufruhr war ausgebrochen in den Bergwerken des Borinage, die einer belgischen Großbank gehören. Dort waren neue Direktoren eingesetzt worden, die den erhöhten Kampf der Unternehmer gegen die Arbeiter mit äußerster Rücksichtslosigkeit aufnahmen. Am schwersten traf die Arbeiter die Drohung, die Kurzarbeit — die Bergarbeiter arbeiteten jetzt nur drei Tage in der Woche — wieder in eine Sech-

Ich wünsche aber vollkommen klarzustellen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten wegen keines der Abkommen, die nach Presemeldungen in Lausanne abgeschlossen wurden, befragt worden ist und deshalb selbstverständlich durch keines der Abkommen in irgend einer Weise gebunden ist. Indem ich nicht annehme, daß es die Absicht irgend eines dieser Abkommen ist, ein gemeinsames Vorgehen unserer Schuldner zu erzielen, wünsche ich auszusprechen, daß falls irgend ein Abkommen so ausgelegt werden sollte, ich es ablehne, daß dem amerikanischen Volk irgend eine Haltung aufgezwungen wird, oder daß es in irgend einer Weise durch eine solche Kombination entweder offen oder versteckt beeinflusst wird.

gez.: Herbert Hoover.

Zusammenfassung.

Was ist das Ergebnis der Geheimdiplomatie?

1. Deutschland ist der Meinung, daß in Lausanne ein Abkommen getroffen sei, wodurch der Young-Plan endgültig

erledigt wird. Es beruft sich dafür auf die Erklärungen des Vorsitzenden der Konferenz, des englischen Ministerpräsidenten Mac Donald.

2. Frankreich wiegt sich in der Sicherheit, daß es Seite an Seite mit England, Italien und Belgien die Schuldenregelung gegenüber Amerika in gemeinsamer Front regeln wird, daß also die Gläubigermächte Amerikas gegenüber einen Druck ausüben vermögen und dazu auch entschlossen sind.

3. Die Vereinigten Staaten lehnen jede Beeinflussung von Seiten einer europäischen Gläubigerfront ab und drohen dadurch, die Vereinbarungen von Lausanne hinfällig zu machen.

4. England ist durch die vielen Schliche und Worte seiner führenden Staatsmänner Mac Donald, Chamberlain und Simon in die Lage gedrängt worden, daß von seinen drei Partnern Deutschland, Frankreich und den USA voraussichtlich jeder seinen eigenen Weg gehen wird und daß sie es England überlassen werden, ob und wie es aus den Widersprüchen herauskommen will, in die es sich hineinmanövriert hat.

Zollkrieg zwischen England und Irland.

Die englische Regierung hat die geplanten Maßnahmen gegen Irland ergriffen: Vom 15. Juli ab erhebt sie auf die meisten aus Irland eingeführten Lebensmittel einen Sonderzoll von 20 Prozent. De Valera antwortet mit einem entsprechenden Schritt; er hat dem irischen Landtag ein „Gesetz zur Notstandserhebung von Zöllen“ eingebracht, das der irischen Regierung Vollmacht erteilt, Sonderzölle von beliebiger Höhe auf sämtliche Einfuhren nach Irland zu erheben.

Der irische Arbeiterführer Norton versucht, noch in letzter Minute den Ausbruch des im Grunde bereits erklärten Wirtschaftskrieges zu verhindern. Nach einer Rücksprache mit De Valera ist er am Donnerstag nach London gereist, um mit den englischen Arbeiterführern zu verhandeln. Wie es heißt, hat Norton schon einen Vergleichs-Entwurf ausgearbeitet, den er in London vorlegen will.

Die englischen Sonderzölle sind inzwischen am Freitag in Kraft getreten. Am Donnerstag wurden noch in fiebriger Eile große Mengen von Vieh und landwirtschaftlichen Erzeugnissen über den irischen Kanal nach England gebracht. In Birkenhead wurden 5000 Stück Vieh, in Liverpool 200 Tonnen Landwirtschaftserzeugnisse gelandet. Große Viehherden wurden aus dem irischen Freistaat nach Ulster gebracht, um von dort später über Belfast nach England verschifft zu werden.

Die Norton'schen Bemühungen haben inzwischen den Erfolg gehabt, daß Mac Donald De Valera eingeladen hat, zu einer neuen Besprechung nach London zu kommen. De Valera trifft am Freitag in London ein.

Krieg um Grönland.

Norwegens erneuter Vorstoß auf Grönlands Küste hat einen Sturm in Kopenhagen hervorgerufen. Ministerpräsident Stauning hat eine Kabinettsitzung einberufen, um die Protestnote gegen Norwegen zu beraten. Der Führer der Konservativen erklärte, man dürfe sich diesmal nicht mit einem einfachen Protest begnügen. Im Publikum werden Stimmen laut, daß man kurzerhand ein Kriegsschiff nach Ostgrönlands Küste entsenden solle. Der Ministerpräsident erklärte auf die Frage, was geschehen würde, wenn die Norweger sich auch auf Westgrönland festsetzten, die Norweger würden dann einfach hinausgeworfen werden.

Die dänische Regierung hat Mittwoch mittag den amtlichen Text der norwegischen Note über die Annexion des südöstlichen Küstenstreifens in Grönland erhalten.

Die dänische Regierung hat am Mittwoch abend vor dem Haager Gerichtshof Klage gegen Norwegen wegen des Vorgehens Norwegens in Grönland erhoben.

Die norwegische Arbeiterpartei hat sich scharf gegen das Vorgehen Norwegens ausgesprochen.

Die Abrüstung der Abrüstungskonferenz.

Die Kunst von Benesch, Genfer Protokolle herzustellen, versagt. Italien, die USA und Deutschland wollen nichts von diesem abschließenden Bericht wissen; sie wollen, daß die gegensätzlichen Auffassungen der Mächte ohne weitere Erklärungen zu Papier gebracht werden. Einstweilen ist der Abschluß auf die nächste Woche vertagt worden. Es herrscht schlechtes Wetter in Genf.

Riesenbrand in New York.

In Coney Island, dem New Yorker Vergnügungsviertel, ist am Mittwoch nachmittag ein Brand ausgebrochen, der in kurzer Zeit das ganze Viertel bedrohte. Die hölzerne, geteerete Strandpromenade und die Schaubuden gaben dem Feuer reichliche Nahrung; der Seewind trieb die Flammen zur Stadt hin-

über, so daß bald, trotz aller Anstrengungen der Feuerwehr, die Hauptgeschäftsstraßen von dem Brand erreicht waren. Die Polizei alarmierte die Feuerwehrabteilungen auch der anderen Stadtteile; schließlich bekämpften 1700 Feuerwehrleute den Brand, fünf Polizeiflugzeuge leiteten die Rettungsarbeiten. Den angestrengten Bemühungen dieser Mannschaften gelang es endlich, den Brand auf sechs Häuserblöcke zu lokalisieren, die vollständig ausbrannten. Der angerichtete Schaden wird auf 2 Millionen Dollar geschätzt, 500 Personen wurden leicht verletzt. Menschenverluste sind bisher noch nicht gemeldet worden. Tausende mußten abends ihre Heimfahrt in Badcanzügen antreten, da ihre Kleider verbrannt waren.

Urteil gegen Zuckerschleiber.

Im Hamburger Zuckerschleiberprozeß wurde am Donnerstag das Urteil verkündet. Es wurden vorurteilt:

der Hauptangeklagte Kaufmann Julius Stiefel wegen fortgesetzter Zuckerteuerhinterziehung, fortgesetzten Betruges u. s. w. zu einer Gesamtstrafe von 6 Jahren 6 Monaten Gefängnis, und 14,3 Millionen Mark Geldstrafe oder ersatzweise einem Jahr Gefängnis; zu rund 18 Millionen Mark Wertersatz oder ersatzweise abermals zu 1 Jahr Gefängnis; außerdem zu fünf Jahren Ehrverlust.

Der Angeklagte Kaufmann Gustav Lipp wegen der gleichen Straftaten zu 4 Jahren 9 Monaten Gefängnis und 6,7 Millionen Mark Geldstrafe, ersatzweise 6 Monaten Gefängnis; zu 8,9 Millionen Mark Wertersatz oder ersatzweise weiteren 6 Monaten Gefängnis; zu 4 Jahren Ehrverlust.

Wegen derselben Delikte bzw. wegen Beihilfe 10 weitere Angeklagte zu Gefängnisstrafen zwischen 8 Monaten und 3 Jahren sowie zu Geldstrafen.

Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

Mord „Mord“ zu nennen, gehört zu den „Ungezogenheiten“, von denen Nelson gesagt hat, daß sie „den unabwendbaren Zusammenbruch unserer kunstvoll aufrechterhaltenen Gesellschaftsordnung zur Folge“ haben würden. Diese Erkenntnis ist es wohl, die den Küstriner Magistrat veranlaßt hat, die Schließung einer von der SPD veranstalteten Antikriegsausstellung zu verlangen.

tageweche umzuwandeln. Damit wäre die Arbeitslosigkeit erheblich gestiegen. Außerdem war davon die Rede, die Erwerbslosen-Unterstützung herabzusetzen. Die Empörung der Arbeiter brannte längst im ganzen Lande. Es fehlte nur noch die Kampfführung, um die bisher unterdrückte Erbitterung in einen Aufstand umzuwandeln. Da die Gewerkschaften sich zurückhaltend verhielten, konnten die Kommunisten die Führung übernehmen.

Die Kommunistische Partei ist in Belgien nicht stark. Die Kommunisten sind weder in den freien Gewerkschaften noch haben sie eigene Verbände. Bei den Parlamentswahlen von 1929 haben sie in ganz Belgien nur einen einzigen Abgeordneten erhalten. Gewiß hat die Krise den Einfluß der Kommunisten gewaltig anschwellen lassen, trotzdem ist es eine außerordentliche Leistung, daß von außen herbeieilende kommunistische Arbeiter die Passivität der Gewerkschaften in den Bergwerksgebieten überwinden und eine beispiellose Kampfkraft unter der Arbeiterschaft entfesseln konnten.

Wie ist es ihnen möglich gewesen, im Bezirk von Charleroi die erregten, aber noch zaudernden Arbeiter in den Streik einzureihen? Man hat mir folgendes erzählt: Einige Kommunisten seien auf Rädern angekommen und hätten versucht, die Bergarbeiter davon zu überzeugen, daß der Streik die einzige Lösung sei. Die Arbeiter hätten darauf erklärt, auf die Parolen der Gewerkschaften hören zu müssen. Daraufhin seien die Kommunisten in eine der Fabriken eingedrungen und hätten sich so vor den arbeitenden Maschinen hingestellt, daß die Arbeiter, um Unglücksfälle zu vermeiden, die Maschinen anhalten mußten. Eine ungeheure Erregung habe daraufhin im Arbeitsraum geherrscht. Die Kommunisten hätten die gespannte Situation benutzt, um auf die Arbeiter einzuwirken, und die Arbeiter hätten den Entschluß gefaßt, die Arbeit nicht mehr aufzunehmen. Daraufhin sei der Streik wie ein Feuer von Werk zu Werk gesprungen.

Die Streikwelle hat sich dann erhöht in demselben Augenblick, wo die Regierung sich entschloß, mit Militär und Polizei gegen die streikenden Arbeiter vorzugehen. Ueber-

all wurde gesprochen von dem völlig unberechtigten, aufhetzenden und maßlosen Vorgehen der Truppen, die aus anderen Gebieten herangezogen wurden. Eine rasende Erbitterung und eine verzweifelte Gegenwehr sei die Antwort der Arbeiter gewesen. Nicht nur die Borgarbeiter, sondern spontan unzählige Arbeiterverbände seien bereit gewesen, die Solidarität mit ihren streikenden Kollegen zu halten und die Arbeit nicht wieder aufzunehmen, bis der Sieg erfochten wäre.

Es kann nicht bestritten werden, daß der Streik der ersten Tage einen revolutionären Charakter trug. Es kann nicht bestritten werden, daß die Arbeiter entschlossen waren, ganze Sache zu machen, und daß die Regierung in Brüssel mit dem Äußersten rechnete. Die Industrie lag völlig still. Straßenbahn- und Eisenbahnschienen von Charleroi nach Brüssel sind von den Arbeitern aufgerissen worden. Das Land stand im offenen Aufruhr.

Wodurch ist diese gewaltige Bewegung zum Stehen gekommen?

Die Antwort ist klar. Die Gewerkschaften, die anfangs den Streik der Arbeiter zu verhindern suchten, haben in dem Augenblick, als sie sahen, daß die Arbeiter auf der Straße waren, die Bewegung hinter sich gebracht, den Arbeitern Vorschläge gemacht zu Verhandlungen mit den Unternehmern und auf diese Weise die revolutionäre Bewegung in ein Abkommen mit Unternehmern und der Regierung umgebogen.

Wie steht es mit den freien Gewerkschaften Belgiens? Ich hatte Gelegenheit, mit einigen Gewerkschaftsführern zu sprechen. Mitten im Gespräch erwähnte ein Kollege, der Streik sei gegen den Willen der SP-Führung ausgebrochen. Ich fragte, ob nicht auch gegen den Willen der Gewerkschaftsführer. „Die meine ich ja oben“, erwiderte der Kollege.

Die kurze Antwort zeigt, daß freie Gewerkschaft und SP eins sind; sie bilden ein Kartell; sie sind im gleichen Haus untergebracht. Die Führer der Partei sind auch die

Deutschland, Deutschland über alles...!

W—er. Der nebenstehende Aufruf des ADGB, der die Kampfparole der freien Gewerkschaften zur Reichstagswahl begründen soll, interessiert uns aus zweierlei Gründen: Erstens weil er in die Forderung ausklingt, Sozialdemokraten zu wählen, und zweitens, weil die Begründung dieser Forderung mindestens eigenartig ist.

Die freien Gewerkschaften Deutschlands sind eine Gruppe einer internationalen Organisation, des „Internationalen Gewerkschaftsbundes“. Sie sind also damit ihrem Programm nach verpflichtet, international zu sein. Dieser Forderung, in der sich alle Sozialisten von den Linken bis zu den Rechtsten einig sind, schlägt aber der Aufruf des ADGB ins Gesicht. Er läuft auf eine Glorifizierung der Teilnehmer am Weltkrieg hinaus, auf ein Bekenntnis zu der „deutschen Sache“, dem deutschen Volke, dem deutschen Staat, dem deutschen Reich u. s. w. — man meint, es gäbe nichts Wichtigeres für den ADGB als die deutsche Sache.

Die nationalistische Politik der Arbeiterführung, insbesondere auch der SPD, die der Vorstand des ADGB hier völlig richtig schildert, noch einmal in dieser Breite aufzuführen, halten wir für doppelt verhängnisvoll. Diese Politik war nämlich falsch und verräterisch, verräterisch, weil sie allen feierlich beschworenen Prinzipien des internationalen Sozialismus widersprach, und falsch, weil sie dem Sozialismus einen unabsehbaren Schaden zugefügt hat. Ferner: Wem dient der Vorstand des ADGB mit seinem nationalen Bekenntnis?

Wir nehmen als selbstverständlich an, daß der Vorstand des ADGB mit diesem Aufruf eine sehr bestimmte und wohlüberlegte Absicht zum Ausdruck bringen will. Für ebenso selbstverständlich halten wir, daß diese Absicht generell darauf hinausgeht, der Arbeiterschaft, insbesondere der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zu helfen. Das aber hat er nach unserer Meinung mit seinem Aufruf gerade nicht erreicht. Wir haben wieder und immer wieder darauf hingewiesen, daß im Augenblick für die Arbeiterschaft keine Aktion auch nur annähernd so wichtig sein kann wie die Schaffung eines einheitlichen Aktionsblocks der gesamten organisierten Arbeiterschaft. Wir haben zwar von den Bemühungen des ADGB in dieser Richtung gehört, diese Bemühungen sind aber schon in den Anfängen und bei Hindernissen stehen geblieben, bei denen sie der Wichtigkeit dieser Aktion entsprechend noch nicht hätten eingestellt werden dürfen. Der Aufruf erfüllt eine Bedingung für die Einheitsfront der Arbeiterschaft ausgezeichnet: er enthält sich jedes, auch des leisesten Angriffs auf die Kommunisten. Vielleicht ist der Vorstand des ADGB davon ausgegangen, daß, da die Einheitsfront nun einmal nicht zustande gekommen ist, das Wichtigste jetzt sei, aus der Reihe der Hitlerwähler die zurückzuholen oder auch neu zu gewinnen, die ihrer Klassenlage nach in die Reihen der organisierten linken Arbeiterschaft gehören. Das wäre in der Tat möglich; aber auch für diesen Zweck ist der Schwarm von deutschnationalen Parolen im Aufruf einer Arbeiterorganisation falsch, und zwar falsch wiederum aus zwei Gründen: Erstens vertieft er den Spalt zwischen international denkenden Genossen und nationalistisch infizierten immer mehr.

Und zweitens, was noch wichtiger ist: Wenn jemand schon Nationalist ist, dann ist nicht einzusehen, weshalb er dann nicht den Nationalismus in seiner schönsten Blüte genießen und gleich zu Hitler gehen soll.

Diese Behauptung von uns ist nicht etwa nur eine bloße Theorie. Das zeigen führende Sozialdemokraten, die theoretischen Nationalsozialisten geworden sind, wie etwa Konrad Haenisch, der 1916 zu folgender Tollheit sich verstieg: „... bis man wagte, das zu sein, was man doch war, bis man... aus vollem Herzen mit gutem Gewissen... einstimmen durfte in den brausenden Sturmgesang: Deutschland, Deutschland über alles!“ Und das zeigt der SP-Mann Brügger, den neulich nationalistisch zustimmend Herr von Gayl zitierte! Aber das zeigen noch mehr praktisch jene Sozialdemokraten wie Lensch, Winnig, Zickler, Niekisch, Grütznert u. s. w., die erst ihren Nationalismus als Sozialdemokraten austoben und schließlich auch organisatorisch bei den Nationalisten landeten, in der Deutschen Volkspartei, bei den Deutschnationalen oder in neuerer Zeit bei den Nationalsozialisten. Diese unvermeidliche Folge der Vermischung von internationalem klassenkämpferischen Geist mit nationalistischer Verblödung hätte dem Vorstand des ADGB um so mehr zu denken geben sollen, als August Winnig und Niekisch langjährige und führende Freigewerkschafter gewesen sind. Man kann nicht zweifeln, daß diese Herren dienen: nationalistische Internationalisten und umgekehrt kann es auf die Dauer nicht geben; man muß Nationalsozialist sein oder Sozialist. Der eine freut sich über den Krieg und leiert begeisterte Phrasen über ihn runter, der andere haßt ihn wie die Pest und kann nicht anders als mit einem Fluch über ihn sprechen. Wer dem Teufel den kleinen Finger reicht, dem nimmt er leicht den ganzen Arm. Und wer der Kriegsverherrlichung auch nur eine Zeile widmet, dem laufen im Augenblick die ganzen Zeitungen davon über. Das hätte der Vorstand des ADGB bedenken müssen. In bezug auf die Kriegspolitik der SPD und der Gewerkschaften kann es nur eine Meinung geben, und

die unbefangene Arbeiterschaft hat auch nur eine Meinung über diese Politik: Sie war ein Unheil für die Arbeiterschaft und für die ganze Menschheit. Und die einzige Art, sie zu liquidieren, wäre die gewesen, die Lenin gewählt hat.

Man kann zwar sagen, daß es nicht lohnend sei, immer über vergangene Fehler zu reden, und dem stimmen wir zu. Man darf aber dann auch nicht die vergangenen Fehler nachträglich in richtige und dienliche Aktionen umtaufen. Sonst führt man die Arbeiterschaft zu den alten Fehlern mit neuen Begründungen zurück. Was der ADGB in seinem Aufruf wirklich leistet, ohne es zu wollen selbstverständlich, das ist eine ideologische Vorbereitung seiner Mitglieder auf nationalistische Ausbrüche.

Welchen Segen hier die Befolgung unserer Parole gehabt hätte, noch vor den Wahlen und gerade für die Wahlen eine Einheitsfront zwischen KP und SP zu schmieden, ergibt eine einfache Ueberlegung: Nach dem Zustandekommen dieser Einheitsfront wäre kein bisheriger kommunistischer oder sozialdemokratischer Wähler, der aus Verärgerung bei den jüngsten Wahlen zu Hause geblieben ist, auch diesmal wieder der Wahlurne ferngeblieben. Weiter aber: diejenigen Wähler, die aus der halbnationalistischen Politik der SP und des ADGB heraus reinen Tisch gemacht haben und ganz zu Hitler gelaufen sind, wenn auch noch aus unklaren Ueberlegungen heraus, hätten auf diese Weise wieder zurückgeholt werden können, weil ihnen so demonstriert worden wäre, daß zwischen Hitler und der Sozialdemokratie nicht nur graduelle, sondern auch prinzipielle Gegensätze bestehen. Wir sagen dies ohne allen Spott und ohne alle Hinterhältigkeit, weil wir erlebt haben, und auch hier bewiesen haben, daß jahrzehntelanger Sozialdemokratismus bei Menschen nicht genügt hat, sie vom wildesten Nationalismus zu kurieren.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Millionen deutscher Arbeiter haben im Weltkriege für die Freiheit unseres Volkes gekämpft. Hunderttausende haben ihr Leben geopfert. Hunderttausende sind zerschossen, als Krüppel, in die Heimat zurückgekehrt. Ihre Frauen, ihre Töchter haben als Arbeiterinnen in der gleichen Notzeit in den Fabriken die verwaisten Plätze ihrer Väter, Brüder und Söhne ausgefüllt. Sie alle arbeiteten, kämpften und starben in der Hoffnung auf ein freieres Deutschland.

Alle diese deutschen Männer und Frauen haben Gut und Blut für Deutschland eingesetzt. Sie haben mehr für die Einheit unseres Staates und den Aufbau einer neuen Lebensordnung des Volkes geleistet, als sich irgendeine deutsche Regierung rühmen kann.

Gestützt auf diesen beispiellosen Opfermut haben die Führer der deutschen Arbeiterschaft in den schwersten Stunden der deutschen Geschichte den Kampf gegen außenpolitische Unterdrückung auf sich genommen und die Grundlagen des sozialen Volksstaates geschaffen. Es ist eine geschichtliche Tat, deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen, daß das Deutsche Reich nicht zerfallen, daß seine Einheit gerettet worden ist.

Trotzdem wagt es eine deutsche Partei, die erst entstand, als die größte Gefahr vorüber war, euch als Verräter an der deutschen Sache zu verleumden. Sie erdreistet sich, tagtäglich in ihrer Presse und in ihren Versammlungen gegen euch eine hemmungslose Lügenhetze zu entfalten, nur weil ihr Sozialisten, nur weil ihr Gewerkschafter seid.

Unter denen, die diesen Lügenfeldzug führen oder abgedroschene Phrasen gedankenlos nachschwätzen, sind viele, die nie die Front gesehen, geschweige denn im Trommelfeuer gelegen haben, sind viele, die sich in der Heimat herumdrücken, sind Unzählige, die noch in den Kinderschuhen staken, als ihr im Schlamm der Schützengräben und in Granatlöchern aushaltet.

Alle diese Heimkrieger und Maulhelden, Leute wie Frick, Kube, Goebbels und Konsorten, haben die freche Stirn, die Sozialdemokratie als die „Partei der Deserteure“ zu beschimpfen. Und die gleiche Rogierung, die wegen jeder angeblichen Kränkung der Ehre ihrer Kabinettsmitglieder den ganzen Machtapparat des Staates in Bewegung setzt, hat noch nie etwas unternommen, um die Ehre dieser Millionen deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen gegen die erbärmlichen Verleumder zu schützen.

Eine Regierung, die diesen bewußten Lügen nicht entgegentritt, duldet die Entehrung des Volkes, an dessen Spitze sie steht. Sie ist nicht abgerückt von denen, die seit Jahren den Geist des Bruderhasses in unser Volk hineintrugen.

Die jetzige Regierung gilt als der Wegbereiter des Dritten Reiches, Hitler als ihr heimlicher Chef. Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr alle wißt, was das bedeutet!

Das Dritte Reich Hitlers übertrumpft den alten Obrigkeitsstaat. Es ist der Zuchthausstaat, der selbst in den schlimmsten Jahrzehnten der Sozialistenverfolgung nie auf deutschem Boden bestanden hat. Die nationalsozialistischen Führer wollen in einem Deutschland restloser Sklaven die Herren sein. Sie verachten das Volk. Deshalb soll es nichts zu sagen haben. Sie sind bei ihrem Anhang an Kadavergehorsam gewöhnt. Darum nennen sie euch „Untermenschen“. Trotzdem buhlen sie um eure Stimmen. Der Freiheitskampf der Arbeiterklasse soll durch Blutjustiz erstickt, die verfassungstreue Polizei beseitigt werden. Der feige Terror gegen die Arbeiterschaft, heute bei Nacht und Nebel ausgeübt, soll der Braunen Polizei von Amts wegen übertragen werden. Den Opfern des Krieges und den Invaliden der Arbeit wird die karge Rente gekürzt. Die SA marschieren in neuen Uniformen. Den Gewerkschaften soll die Kampffreiheit geraubt, die jugendlichen Arbeiter sollen in die Zwangsjacken der Arbeitsdienstpflicht gesteckt und für das Dritte Reich gedrillt werden. Die SA-Führer wollen die Zuchtrute über die deutsche Jugend schwingen.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, macht diesem braunen Spuk rücksichtslos ein Ende, schließt euch zusammen in der eisernen Abwehrfront. Die Armeen des Dritten Reiches müssen an euren festgefühten Formationen zerschellen. Duldet keine Zersplitterung eurer Kräfte. Fort mit den Nörglern und Kleingläubigen!

Aktivität! Jeder Einzelne sei ein Kämpfer!
Disziplin! Geschlossener Einsatz aller Kräfte!
Einigkeit! Eiserner Front des arbeitenden Volkes gegen alle Soldknechte des Kapitals!
Euer der Sieg! Freiheit! Wählt Liste 1.

Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

und wir sind durchaus nicht sicher, daß sich das Schicksal der Haenisch, Winnig, Niekisch, Daragona und Konsorten nicht wiederholt.

Aus diesen Gründen halten wir den Aufruf des ADGB für einen ungeheuren politischen Fehler. Daß er nach wie vor der Meinung ist, die gesamte gewerkschaftliche Arbeiterschaft solle die Liste 1 wählen, halten wir für ebenso falsch — die Sozialdemokratie hat jahrzehntlang das Vertrauen der deutschen Arbeiterschaft besessen; daß sie es verloren hat, kann man nicht mit kommunistischen Manövern begründen. So einfach liegt die Sache nicht. Die deutsche Arbeiterbewegung ist in einer schweren inneren Krise. Daraus sie zu befreien, ist das Gebot der Stunde — der Aufruf des ADGB trägt dazu nicht bei.

Eine Vorführung des ADGB zur Vermittlung der Einheitsfront?

W. F. Im „Funken“ vom Donnerstag berichteten wir über den kräftigen Eindruck, den in der Kasseler Arbeiterschaft die Beteiligung der Kommunisten an einer Demonstration der Eisernen Front gemacht hat. Seitdem ist der Wunsch nach der Einheitsfront stärker als je. Ueberall stehen Arbeiter und diskutieren kameradschaftlich. Nörgler und Miesmacher werden als Saboteure heimgeschickt.

Aus dem Bericht des „Kasseler Volksblattes“ (SPD) über die Demonstration:

„Dabei soll die historische Tatsache verzeichnet werden, daß es seit Jahren das erstmal war, daß auch die Kommunisten mit ihrer Fahne sich dem Zuge der Eisernen Front anschlossen. Seit langen Jahren ist der langersehnte Tag eingetreten, daß Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam zum Kampf gegen den Faschismus aufmarschierten. Spontan, ohne jede Vereinbarung, schlossen sich die Arbeitsbrüder der Kommunistischen Partei an, bildeten zusammen mit den Massen der Eisernen Front einen gewaltigen Zug.“

Ein Vermittlungsschritt der Freien Gewerkschaften.

Die Antwort des ADGB (Ortsausschuß Kassel) auf die Demonstration war ein Brief, den er am Tage nach der Demonstration schrieb. Er ist das erste uns bekanntgewordene Beispiel eines Vermittlungsschrittes der Freien Gewerkschaften, der in der Form die Unabhängigkeit gegenüber den Parteien wahrt und die beiden nur gleichberechtigt erwähnt, ohne zu verraten, daß er einer von ihnen näher steht als der andere. Wir lassen ihn deswegen hier im Wortlaut folgen, obwohl wir es zur Organisation der Einheitsfront für zweckmäßiger gehalten hätten, wenn er weniger Fragen und Bedingungen enthalte würde.

Kassel, den 13. Juli 1932.

An den Bezirksvorstand der SPD in Kassel.
An die Bezirksleitung der KPD in Kassel.

Werte Genossen!

Eine tiefe Sehnsucht für ein einiges Zusammenwirken gegen die faschistische Gefahr geht durch die Arbeiterschaft. Die Herbeiführung eines einheitlichen Wirkens, das wir sehnlichst wünschen, hat aber zur Voraussetzung, daß über bestimmte grundsätzliche und taktische Fragen Klarheit geschaffen wird. Deshalb unterbreitet der ADGB, Bezirksausschuß Kassel, der Sozialdemokratischen Partei, Bezirksvorstand in Kassel, und der Kommunistischen Partei, Bezirksleitung in Kassel, folgende Fragen, deren zustimmende Beantwortung für die Herbeiführung des Zusammenarbeitens unerlässlich sind.

1. Sind die Parteien bereit, einen politischen Burgfrieden zu schließen, der zur Voraussetzung haben muß, daß der politische und persönliche Kampf gegen die Parteien und deren Führer in Versammlungen und Presse eingestellt wird?
2. Sind die Parteien bereit, darauf hinzuwirken, daß in allen Parlamenten ihre Fraktionen im Kampfe gegen den Faschismus gemeinsam handeln?
3. Sind die Parteien bereit, bei antifaschistischen Aktionen, die von einem Ausschuß, der sich aus Vertretern des ADGB, der SPD und KPD gleichermaßen zusammensetzt, vorbereitet werden, dessen Anordnung vorbehaltlos anzuerkennen?
4. Die Selbständigkeit der Parteien im gegenwärtigen Wahlkampf unter Beachtung des vorher erwähnten muß unberührt bleiben.
5. Das Gebot der Stunde erfordert, daß auch ein einheitliches Wirken auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet herbeigeführt wird. Wir fragen deshalb, sind die Parteien bereit, Angriffe gegen die freien Gewerkschaften und deren Führer einzustellen, für die Stärkung der freien Gewerkschaften zu wirken und in sozialen und wirtschaftlichen Fragen den ADGB als dafür maßgebliche Organisation anzuerkennen?
6. Sind die Parteien bereit, bei ihren Zentralen in Berlin sich für die Erfüllung dieser Forderungen und Voraussetzungen zur Herbeiführung eines einheitlichen Wirkens einzusetzen, da eine Einigung im Reiche nur durch die zentralen Instanzen herbeigeführt werden kann?
7. Wir bitten um Beantwortung bis 14. Juli 1932 vormittags 10 Uhr zu unseren Händen.

Freiheit!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund,
Ortsausschuß Kassel.

P. Haupt.

Wissenschaftliche Ehrung für Gumbel.

Das mathematische Institut der Pariser Universität, nach dem französischen Mathematiker Henri Poincaré benannt, hat Prof. Gumbel für den Winter 1932/33 zu sechs Gastvorlesungen eingeladen, auf denen er über sein wissenschaftliches Spezialgebiet vortragen soll. Diese Auszeichnung Gumbels ist um so bemerkenswerter, als gerade er von dem nationalsozialistischen Radaugesindel, das sich noch immer nicht schämt, den ehrenvollen Namen Student anzulegen, immer wieder beleidigt wird, und zwar wegen seiner Stellungnahme zum Krieg, den er, wie sich das für anständige Menschen von selbst versteht, für einen Blödsinn und eine Gemeinheit hält.

Selbstverständlich kann der Nazinob Gumbels wissenschaftliche Qualitäten überhaupt nicht einschätzen, da dazu eine ernste Arbeit nötig ist, zu der der nationalistische Pöbel noch nie zu kriegen gewesen ist.

Verdienst für „vaterlandstreue“ Architekten.

K. D. In Hamburg werden Vorbereitungen getroffen, um die Bevölkerung gegen Luftangriffe zu schützen. Die Keller der Innenstadt und um den Hauptbahnhof herum werden überholt, die Zahl der darin unterzubringenden Menschen berechnet und Holzluken zum Verschließen angefertigt. Einer der leitenden Architekten dieser Maßnahmen wurde gefragt, was er von diesem Schutze hielt. „Gar nichts. Die Gefahr der Vergiftung bleibt bestehen. Ich selber werde bei einem Angriff nicht in den Keller gehen, sondern auf das Dach meines Hauses steigen. Die Gefahr, von einer Bombe getroffen zu werden, ist gering im Vergleich zu der Gefahr, aus den Kellern herauszukriechen zu einer Zeit, wo das Giftgas noch nicht abgezogen ist.“

Erziehung zum Kanonenfutter. „In Christo unser Heil“.

Auf die Erziehung innerhalb der protestantischen christlichen Jugendbewegung wirft folgender „Jungvolk“-Rundbrief ein Licht:

„Geheimnachricht!!! Das Nachtgeländespiel mit der Erstürmung der von den Hardegensern gebauten und besetzten Burg mit Eroberung des Wimpels, muß auf jeden Fall von uns in der Nacht bei stürmischer Schlacht gewonnen werden. Auf keinen Fall dürfen Taschenlampen, Schreckschüsse und Taue (zum Fesseln) vergessen werden. ... Unser Kriegsplan wird streng geheim gehalten und unser Schlachtplan auf der Nachtfahrt entrollt.“

Es heißt weiter in dem Rundbrief:

„Wir wollen uns dort in Hardegens (das ist ein Städtchen bei Göttingen. Red.) viel schenken lassen von unserem Führer Christus. ... In Christo unser Heil!“

Wieder eine Warnung an die KP.

Nur mäßig besucht und wenig wuchtig — wie bereits die kommunistische Lustgärten-Kundgebung vom 31. Juli — war auch die Demonstration, die die Berliner KP am Mittwoch auf dem Wittenberg-Platz veranstaltete.

Wenn wir solche Mißerfolge überhaupt berichten, so nur deswegen, weil wir in ihnen Anzeichen erblicken dafür, daß die Arbeiterschaft jetzt klare Schritte zur Einheitsfront verlangt. Es ist nicht damit getan, ein paar Sozialdemokraten in einer Versammlung der Antifaschistischen Aktion reden zu lassen, wenn man andererseits nichts unternimmt, um die ganzen Organisationen der Parteien und Gewerkschaften zu einer Demonstration zusammenzubringen; auch nur zu einer Demonstration, sagen wir in Berlin, geschweige zu der großen einheitlichen Arbeiterdemonstration am 31. Juli.

Lohnkämpfe der Holzarbeiter.

Streik in Gollnow.

Das in Gollnow bestehende Lohnabkommen war vom dortigen Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe zum 30. Juni gekündigt worden. Er wollte die Löhne der Facharbeiter von 68 auf 60 Pf., die der Hilfsarbeiter von 58 auf 50 Pf. herabsetzen und die Feriendauer beschränken. Am 27. Juni fällte der Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch, der den Lohn der Facharbeiter auf 66 Pf., der Angelernten auf 58 Pf., der Ungelernten auf 52 Pf. festsetzt. Dieser Schiedsspruch wurde von beiden Parteien abgelehnt. Am 4. Juli stellten die Kollegen in allen Betrieben, insgesamt etwa 500 Mann, die Arbeit ein. Bei Zusammenstößen mit Streikbrechern griff die Polizei ein und machte von der Schußwaffe Gebrauch.

Lohnabbau in Bremen und am Rhein.

Nach den ergebnislosen Nachverhandlungen über die Verbindlichkeitsklärung der Schiedssprüche, die Dr. Stenzel für Hamburg und Schleswig-Holstein, der Schlichter Dr. Völkers für Bremen gefällt hatte, haben die Holzarbeiter mit der Tischlerzwangsinnung in Bremen am 6. Juli eine Vereinbarung getroffen. Hiernach beträgt der Vertragslohn an der Spitze 88 Pf. mit Wirkung bis 31. Oktober. Der Ortstarifvertrag bleibt in Kraft mit der Maßgabe, daß die Beiträge zur Ferienkasse den neuen Vertragslöhnen angepaßt werden. Die Kostgeldsätze für die Lehrlinge betragen in den vier Lehrjahren 3,50, 5, 7 und 9,50 Mark pro Woche.

Für das linksrheinische Gebiet wurde am 6. Juli vor dem rheinischen Schlichter in Köln verhandelt. Durch den gefällten Schiedsspruch wird der alte Vertrag mit einigen Aenderungen wieder in Kraft gesetzt mit Geltung bis Jahreschluß 1933. Der Durchschnittslohn für Facharbeiter über 22 Jahre ist in den fünf Ortsklassen mit Wirkung bis 30. November 1932 auf 85, 81, 77, 73 und 69 Pf. festgesetzt. Dieser Schiedsspruch wurde von den Arbeitern sowie vom Arbeitgeberverband für die Holzindustrie und das Holzgewerbe im Rheingebiet und einer größeren Anzahl Innungen angenommen. Andere Innungen und auch die Unternehmer in Bonn haben sich ihre Erklärungen noch vorbehalten.

Aufnahmen ohne Beitrittsgeld.

Der „Holzarbeiter-Verband“ teilt mit:

In der Zeit vom 1. Juli bis 30. September dieses Jahres sind dem Deutschen Holzarbeiter-Verband Beitretende in Berlin vom Beitrittsgeld befreit. Das in § 6 unseres Statuts festgesetzte Beitrittsgeld wird ausnahmsweise in Berlin bei Neuaufnahmen in den Monaten Juli, August und September 1932 nicht erhoben. Durch den Fortfall des Beitrittsgeldes während der oben angegebenen Monate ist eine bessere Werbekraft für unsere Organisation gegeben und dem Wunsche vieler Rechnung getragen, die jetzt der Organisation gewonnen werden können. Also, Kollegen, nutzt die Zeit! Bringt neue Mitglieder!

Reaktionäre Konjunktur beim Reichsarbeitsgericht.

H. Lm. Wir zeigten bereits früher einmal an Hand der Behandlung der Ausgleichsquittungen, wie sehr sich die Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts zu Ungunsten der Arbeitnehmer verschlechterte, seit der Kurs der Reichsregierung immer reaktionärer wurde.

Einen Schritt weiter in dieser Richtung ist das Reichsarbeitsgericht in einem Urteil vom 11. Juni gegangen. Es handelte sich um die Klage eines Arbeitnehmers auf Nachzahlung des Differenzbetrages zwischen ausbezahlem und tariflichem Gehalt. Das Landes-Arbeitsgericht Dresden hatte die Klage mit der Begründung abgewiesen, daß in der unbeanstandeten Annahme des zu niedrigen Gehaltes ein wirksamer Verzicht auf den Tariflohn läge. Es könne nicht angenommen werden, daß der Verzicht unter wirtschaftlichem Drucke erfolgt sei, da die Firma annehmen durfte, der Kläger stelle seine Not hinter die ihre zurück, zumal sie bei voller Gehaltszahlung nicht bestehen könne und ein Arbeitsplatz trotz geringerer Entlohnung letzten Endes noch ein wirtschaftliches Plus in den Augen des Klägers bedeutet habe.

Dieses haarsträubende Urteil, das der untertariflichen Bezahlung Tür und Tor öffnet, hat jetzt das Reichsarbeitsgericht bestätigt. Sollte der Beweggrund für diese Art „Rechtsprechung“ in dem Wunsche zu suchen sein, einen neuen Beweis dafür zu liefern, daß wir alles andere als einen „Wohlfahrtsstaat“ haben?

Der Haushaltsplan der Stadt Stuttgart ist nach erfolglosen Haushaltsberatungen des Gemeinderats durch Verordnung ausgeglichen worden. Die Gemeindeumlage ist von 15 auf 16½ Prozent erhöht, eine Bürger- und Getränkesteuer eingeführt worden.

Drei Todesopfer sind bisher die Folge des Explosionsunglücks in der Pechmühle der Brikettfabrik der Zeche Alstaden bei Oberhausen. Ein Arbeiter liegt noch an lebensgefährlichen Verletzungen im Krankenhaus. Die Ursache der Explosion ist noch nicht festgestellt.

BöB, der ehemalige Oberbürgermeister von Berlin, hat die Meldung, daß er nach Godesberg ziehen wolle, dementiert. Er bleibe in Berlin.

Durch einen Speerwurf in die Brust wurde ein Sportwart in Osnabrück getötet. Er hatte, von der Sonne geblendet, den Speer nicht kommen sehen.

Ein toter Bankier wurde in stark verwestem Zustande von Grasmähern auf den Elbwiesen bei Wolmirstedt aufgefunden. Es handelt sich um den früheren Direktor der Wernigeroder Bank für Handel und Gewerbe, Michael. Er war seit dem Zusammenbruch seiner Bank im Januar dieses Jahres verschwunden.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name Ort
Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH., Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerel und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

ISK

7. JAHRGANG 7. HEFT JULI 1932

Zum 50. Geburtstage Leonard Nelsons.

GRETE HERMANN:

Die Lehre vom Recht als wissenschaftliche Grundlage des Sozialismus.

MINNA SPECHT:

Die politische Bedeutung des Charakters.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes. Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe. Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a.

MAGDEBURG

„Ihr Apfelsaft schmeckt ausgezeichnet, senden Sie bitte 50 Flaschen.“

So schrieb wieder ein Kunde. Wir haben viele anerkennende Urteile. Machen auch Sie einen Versuch!

Apfelsaft, edel und würzig, 10 Flaschen nur 5,40 Mark. Per Bahn ab hier ausschließlich Flaschen. Frischkost-Reformhaus Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104.

Bereits 80 Mark genügen!

Und Sie erhalten einen hochwertigen Maßanzug aus erstklassigem Stoff, mit bestem Futter, in sorgfältiger Maßarbeit.

Preisänderungen nach oben und auch noch nach unten, je nach Stoffqualität. Machen Sie bitte einen Versuch! R. Schönheit, Magdeburg, Otto v. Guerickestr. 104, H. v. I.

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN

Hamburg, Barcastraße 8. Telefon: 26 83 42

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987.

Ab 15. Juli: G. W. Papst: Kameradschaft mit Ernst Busch, Alexander Granach, Fritz Kampers. „Im Schatten der Maschinen“. Fox tönende Wochenschau.

Freunde und Leser des „Funke“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Wirbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inseraten!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig bei

Oscar Wettig, Gelnhausen

Sprechapparate Koffer/Schatteln/Schränke

Schallplatten für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen / Verlangen Sie Angebot!

Otto Pfothauer, Weimar, Röhrstr. 40.

Indien in der Zange

Die wirtschaftliche Not eines großen Volkes

Von KARL HINKEL

Mit einer Karte und 9 Bildern. 156 Seiten. Broschiert 3 Mark. In Ganzleinen 4 Mark.

Aus den Presse-Urteilen:

„Eine eingehende Auseinandersetzung mit der englischen Kolonialpolitik in Indien. Eine vernichtende — Diese Tatsachen — die zum Teil wohl unbekannt sind — müßten jedem Menschen die Augen öffnen über die Verworfenheit der kapitalistischen Welt. ... Zusammenfassend: Man lese es mit Kritik, und man wird Wertvolles gewonnen haben.“

„Das Andere Deutschland“, Nr. 26, 25. Juni 1932.

„Zum wohltuenden Unterschied von der durch die Gandhi-Bewegung ausgelösten großen Indien-Literatur zeigt das Buch Hinkels die wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen auf, unter denen die Millionenmassen der indischen Bevölkerung heute noch leben müssen. ... Auch mit den Vorschlägen für die Beseitigung dieser Verhältnisse, die Hinkel an gibt, werden sich wohl die meisten Leser einverstanden erklären können.“

„Die Intern. Gewerkschaftsbew.“ (Herausg. v. IGB.) 12. Jahrg. Juni 1932, Nr. 6. „In diesem Buch werden Tatsachen aus dem Leben des indischen Volkes, die dem Europäer in weitem Maße unbekannt sind, berichtet.“

„Arbeit und Wirtschaft“, 1. Juni 1932.

„Die Auseinandersetzung mit Gandhis wirtschaftlichen und politischen Lehren wird besonderes Interesse finden, zumal sie auf Grund von Gesprächen mit Gandhi und seinen Schülern erfolgt.“

„Volksblatt“ (Bocum), Nr. 103, 6. Juni 1932.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.

Postcheckkonto: Berlin 81 841.

Um das Arbeitszuchthaus.

Die am Mittwoch vom Reichskabinett verabschiedete Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst ist den Ländern zur Stellungnahme zugegangen. Am Sonnabend wird der Reichsrat die Verordnung zur Kenntnis nehmen.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß der Arbeitsdienst nicht nur die Unterstützungsempfänger umfassen, sondern allen arbeitswilligen jungen Leuten Gelegenheit geben sollte, ernste Arbeit zu leisten und sich geistig und körperlich zu ertüchtigen. Es könne nunmehr eine wesentlich größere Menge von Menschen beschäftigt werden als bisher im freiwilligen Arbeitsdienst. Im Februar dieses Jahres seien im freiwilligen Arbeitsdienst 60 000 Personen, Ende April nur noch 38 000 beschäftigt gewesen. Die Beschäftigung eines Mannes im freiwilligen Arbeitsdienst koste etwa 2 Mark am Tage je Mann. Bis Ende des Haushaltsjahres würde dies für 100 000 Mann rund 50 Millionen ausmachen. Es bestehe jedoch die Aussicht, daß auch noch für dieses Haushaltsjahr größere Summen für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden können.

Träger der Arbeit könnten alle Vereinigungen sein, die Gruppen von Arbeitsdienstwilligen umfassen, also auch politische Vereinigungen.

Die Arbeiten müßten stets gemeinnützig sein. Es müßte sich bei der Mittwoch verabschiedeten Verordnung nicht um eine abschließende Regelung, sondern es ist noch eine ausführliche Durchführungsverordnung zu erwarten.

„Das Wesentliche des Entwurfs“ ist nach der „Berliner Börsenzeitung“:

„daß er in Anlage und Form den Grundstein bilden soll zur Prüfung der Frage, ob der freiwillige Arbeitsdienst später zur Arbeitsdienstpflicht ausgebaut werden kann.“

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund

teilt mit:

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in seiner Mittwochsitzung abschließend zur Frage des Arbeitsdienstes Stellung genommen. Er wird das Ergebnis seiner Beratung der Reichsregierung unterbreiten. Der Vorstand des ADGB wendet sich auf das entschiedenste gegen alle Pläne, die in irgend einer Form eine Arbeitsdienstpflicht vorsehen oder die den freien Arbeitsmarkt noch weiter einengen. Er tritt ein für eine wirksame Arbeitshilfe für die jungen Erwerbslosen, aufgebaut auf absoluter Freiwilligkeit. Soweit außer beruflichen Schulungsmaßnahmen bestimmte Arbeitsobjekte in Fragen kommen, muß deren unbedingte Zusätzlichkeit gewährleistet sein.

Nach Kerris Wünschen.

Arbeiterpartei marschieren getrennt.

Keine Landtagsitzung in Preußen mehr vor dem 31. Juli — so hat es der Aeltestenrat am Mittwoch beschlossen. Ein kommunistischer Antrag, bereits früher zusammenzutreten, wurde von keiner anderen Fraktion unterstützt. Die Sozialdemokraten haben sich also unbegreiflicher Weise der Auffassung des Herrn Kerrl angeschlossen, der am Dienstag in einer Kundgebung in Hamburg erklärte: alles, was vor dem 31. Juli im Landtag gemacht werde, habe nicht mehr die geringste Bedeutung.

Die Frau des Berliner Polizeivizepräsidenten Weiß hat gegen eine Privatperson, die die unter dem Schutze der Immunität gegen Frau Weiß erhobenen nationalsozialistischen Anschuldigungen weiterverbreitete, Strafantrag gestellt.

Drittes Reich in Mecklenburg.

Der Anfang Juni gewählte Landtag von Mecklenburg-Schwerin, in dem die Nazis mit 30 von insgesamt 59 Abgeordneten die absolute Mehrheit haben, hat sich in seiner ersten Sitzung am Mittwoch ein rein nationalsozialistisches Landtags-Präsidium gewählt.

In derselben Sitzung fand die Wahl des NS Granzow zum Ministerpräsidenten statt. „Unter lebhaftem Händeklatschen und lauten Heil-Rufen trat Granzow sein Amt an.“

Führer der Gewerkschaft. Unter einem Streikaufruf steht: Die Arbeiter sollen den Parolen der Gewerkschaft und der SP folgen.

Bei dieser Lage der Dinge ist der Kampf der belgischen Arbeiter gegen die Unternehmer schließlich zu einem Kampf geworden zwischen Kommunisten und Reformisten. Erschütternd beweist dies die Tatsache, daß die Gewerkschaften in ihrem Verhandlungshaus eine Arbeiterschutzwache in Stärke von 300 Mann halten, von der man sagt, daß sie zur Verteidigung gegen Kommunisten dient. Es ist zu Straßenschlachten gekommen, deren Anlaß Demonstrationen boten, die die Kommunisten gegen die freien Gewerkschaften unternommen haben. Die Gewerkschaften, sagte man mir, seien zufrieden, daß 200 Kommunisten von der Polizei festgenommen sind.

Die Führung des Streiks ist völlig in die Hände der freien Gewerkschaften übergegangen. Die Kommunisten, die mit bewundernswürdiger Energie die Arbeiter in einen Kampf hineingerissen haben, haben damit den verzweifelten Versuch unternommen, Gewerkschaftsführer, die einer Bekehrung nicht zugänglich waren, durch den Druck der in Bewegung geratenen Massen zu revolutionären Aktionen zu bewegen. Mag sein, daß die kommunistische Aktion nicht hinreichend vorbereitet war, daß auch bei ihnen Parteirücksichten eine Rolle gespielt haben — die Lage der Arbeiterschaft war objektiv reif zum Aufstand; schon jetzt hat der Streik der wenigen Tage die Herren in Brüssel erbittern lassen. Dieser Kampf hätte ein großes Beispiel geben können; er hätte die Arbeiterschaft, die auch in Belgien in getrennten Lagern marschiert, im Feuer des Streiks zusammenschließen können, wenn die freien Gewerkschaften das, was die Kommunisten eingeleitet hatten, unterstützt und mit ihnen gemeinsam durchgeführt hätten. Stattdessen ist die KP zurückgeworfen worden. Der Friede ist hergestellt zwischen Arbeitern und Unternehmern. Die nicht allzu hohen Forderungen der Arbeiter an die Unternehmer sind erfüllt. Die linksbürgerliche Presse schreibt von Siegen der Arbeiterschaft. Aber die politischen Forderungen an die Regierung warten auf die Debatten in der

Der Klassenkampf in der Rechtsprechung.

Arbeitermörder freigesprochen. — 23½ Jahre Zuchthaus für Kommunisten, die niemanden getötet haben.

Das Schwurgericht beim Landgericht I in Berlin verurteilte den Maurer Schwarz, einen Kommunisten, wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten zu vier Monaten Gefängnis. Schwarz war ursprünglich wegen Mordes an dem Nazi Ludwig (begangen am 6. März in der Choriner Straße in Berlin) angeklagt. Bereits während der Verhandlung ließ jedoch der Staatsanwalt die Mordanklage fallen und beantragte wegen Totschlags fünf Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust. Der wegen schweren Landfriedensbruchs mitangeklagte Kommunist Korb wurde wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten und wegen Körperverletzung zu zwei Monaten zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Ein sehr verdächtiges Verfahren: ein NS wird erschossen, ein Kommunist des Mordes angeklagt, diese Anklage schrittweise abgebaut bis zu dem Vorwurf: Aufreizung zu Gewalttätigkeiten. Und dafür erhält der Kommunist vier Monate Gefängnis. Der Nazi ist erschossen worden; kein Kommunist wurde wegen verbotenen Waffentragens bestraft.

Wer hat die Pistole gehabt?

Und wer ist zu den Gewalttätigkeiten „aufgereizt“ worden von den Kommunisten? Wir geben hier dem Berichterstatter der „Roten Fahne“ das Wort:

„Es wurde in der Verhandlung festgestellt, daß die Nazis selbst den SA-Mann Ludwig in der Choriner Straße erschossen hatten.“

Im Gegensatz zu dem Fall in der Choriner Straße hatte man im Falle der

Erschießung des Arbeiters Pauls

(aus Bloxersande bei Bremen; erschossen am Tage des zweiten Präsidentenwahltags) den Täter ermittelt. Es war der SS-Mann Helms aus Waddens (Oldenburg). Die Tat war bei einem Zusammenstoß zwischen NS und Eiserner Front geschehen.

Wie verfuhr man mit Helms?

Es wurde keine Mordanklage erhoben. Der Staatsanwalt (beim Oldenburger Schwurgericht) beantragte Freispruch wegen — Mangels an Beweisen. Mangel an Beweisen? Das war den Oldenburger Geschworenen angesichts der Aussagen von Helms doch wohl nicht einleuchtend. Sie kamen vor einigen Tagen zu folgendem Ergebnis:

Das Gericht folgte der Darstellung des SS-Mannes Helms und seiner Kameraden und sprach ihn wegen erwiesener Notwehr frei.

Helms hatte die Sache so dargestellt: er sei von zwei Gegnern zu Boden geworfen worden und habe dann in der Notwehr seine Pistole entschert (!) und geschossen.

NS-Angriff gegen SP-Zeltung.

Am Mittwoch griffen Nazis die Hamborner Geschäftsstelle der Duisburger „Volksstimme“ an. Die „Reichsbanner“-Wache wehrte den Angriff ab. Mehrere Nazis wurden verletzt. Eine polizeiliche Durchsuchung der Geschäftsstelle nach Waffen verlief ergebnislos.

„Angriff“ für neun Tage verboten.

Endlich hat der Berliner Polizeipräsident diesen Schritt getan. Das Verbot läuft bis zum 23. Juli.

Gegen die Zeitungsverbote protestiert der Reichsvorband der Deutschen Presse in einer Entschliebung, in der er die baldige Aufhebung aller Zeitungsverbote fordert.

Die Zahl der Rundfunkteilnehmer in Deutschland betrug am 1. Juli 4 119 531. Davon sind 412 177 Teilnehmern die Gebühren erlassen.

Kammer. Die Arbeiter stehen da, zurückgehalten in ihrem Vorstoß, unsicher über das, was vor sich gegangen ist, bearbeitet von Agitatoren, die nicht gegen Unternehmer, sondern gegen Parteiführer hetzen.

Von einer Begeisterung habe ich in Charleroi nichts mehr gespürt. Die Arbeiter saßen auf den Türschwellen, andere standen vor dem Gewerkschaftshaus oder sonstwo auf der Straße herum. Schon hörte man wieder Gespräche über die neusten Sportnachrichten. Nur wenn die Zeitungen erschienen oder ein Aufruf der Gewerkschaft angeschlagen wurde, der die Arbeiter zur Ordnung und Ruhe mahnte, oder eine neue Polizeiverordnung herauskam, die die Benutzung von Motorrädern oder sonst etwas verbot, lebte das Gespräch auf, und der Streik rückte wieder in den Mittelpunkt des Interesses. Auch die übrige Bevölkerung von Charleroi hat sich inzwischen wieder ihrer Tagesbeschäftigung zugewandt. Am Dienstag noch hatten die meisten ihre Läden geschlossen oder wenigstens die Schaufenster ausgeräumt. Am Mittwoch schon waren fast sämtliche Geschäfte wieder geöffnet. Das geruhige und gebändigte Dasein war äußerlich zurückgekehrt.

Am Donnerstag tritt der Kongreß der Bergarbeiter zusammen. Was werden die Delegierten sagen? Wird die Gewerkschaftsleitung den Kongreß beschwichtigen, wie sie die Kämpfenden beschwichtigt hat? Oder wird die Erregung den schwächlichen Frieden beseitigen?

Beginn des belgischen Bergarbeiter-Kongresses.

Brüssel, 14. Juli.

Am Donnerstag trat der außerordentliche Kongreß der belgischen Kohlenbergarbeiter zusammen. Es wurde über die Tagesordnung abgestimmt, in der u. a. festgestellt wird, daß die Ziele des Streiks erreicht sind. Jedoch wird die endgültige Entschliebung über die Wiederaufnahme der Arbeit erst am Freitag durch den Generalrat der Sozialistischen Partei und der Syndikalisten gefaßt werden. Die Bergarbeiter des Kohlenzentrums wiesen die Tagesordnung zurück.

Auch bei diesem Prozeß ist es merkwürdig — wenn auch aus anderen Gründen, als im vorigen Fall —, daß niemand wegen Vergehens gegen das Schußwaffengesetz unter Anklage gestellt wurde.

Das geschah hingegen bei einem Prozeß gegen Kommunisten, die angeklagt waren, im November vorigen Jahres in Friedrichsfelde NS überfallen und beschossen zu haben. Es war kein NS getötet worden. Ein NS und zwei Kommunisten waren verletzt worden. Eine Anklage wegen Mordes oder Totschlags konnte also nicht erhoben werden.

Wegen gemeinschaftlichen versuchten Totschlags und wegen Anstiftung zum versuchten Totschlag hingegen wurde Anklage erhoben; außerdem wegen Rädelsführerschaft, schweren Landfriedensbruchs, Vergehens gegen das Schußwaffengesetz und das Waffenmißbrauchsgesetz.

Das Schwurgericht beim Landgericht III in Berlin hat am Donnerstag das Urteil gefällt: Von den neun angeklagten Kommunisten wurden zwei freigesprochen, darunter der Führer der Friedrichsfelder Ortsgruppe der KPD, Horn. Die übrigen sechs erhielten folgende Freiheitsstrafen:

- vier Kommunisten je drei Jahre Zuchthaus;
- ein Kommunist zwei Jahre Zuchthaus;
- ein Kommunist ein Jahr sechs Monate Zuchthaus;
- ein Kommunist ein Jahr Gefängnis.

Insgesamt also 15½ Jahre Zuchthaus und ein Jahr Gefängnis; dazu insgesamt 30 Jahre Ehrverlust.

Wie der Freispruch des KP-Führers Horn zeigt, ist die Anklage, soweit sie einen von der KPD (Ortsgruppe Friedrichsfelde) organisierten Mordzug konstruierte, zu samengebrochen.

Für diese Konstruktion hatte man folgende Handhabe benutzt: Am Abend vor dem Zusammenstoß hatte die Ortsgruppe Friedrichsfelde der KP eine Versammlung über die „braune Mordpest“; anschließend an diese Versammlung hatte eine vertrauliche Funktionärsbesprechung stattgefunden. Der Staatsanwalt hatte gegen Horn wegen Anstiftung zum versuchten Totschlag in Tateinheit mit Rädelsführerschaft beim Landfriedensbruch fünf Jahre Zuchthaus beantragt.

Das Kleine Schnellschöffengericht Nürnberg verurteilte am Donnerstag zwei Kommunisten,

die am 11. Juli an einer Schlägerei mit NS in Nürnberg beteiligt waren. In dieser Schlägerei war nicht etwa ein Nazi getötet worden; einer hatte einen schweren Schädelbruch erhalten. Das Urteil lautete, dem Antrag des Staatsanwalts entsprechend, auf

fünf bzw. drei Jahre Zuchthaus.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Bezirk Mitte: Montag, den 18. Juli, 20 Uhr, „Haackscher Hof“, Rosenthaler Str. 40/41, Nähe Bahnhof Börse. Thema: Wie schlagen wir den Faschismus?

Köln-Sülz: Montag, 18. Juli, 20,15 Uhr, im Jugendheim, Zülpicher Str. 217. Thema: Schluß mit dem Arbeitermord! Wer schafft die Abwehrfront?

Freie Aussprache!

Eintritt freil!

Magdeburg: Mittwoch, 20. Juli, 20 Uhr, im Lokal P. Bleck (früher Lichteck), Knochenhauerufer 27/28. Thema: Wer sabotiert die Einigung der Arbeiterschaft? Redner: Julius Philippson, Berlin, Eintritt 20 Pf., Erwerbslose 10 Pf.

Wenn wir 1918...

Bg. „Eine realpolitische Utopie“ nennt Walter Müller sein Buch: „Wenn wir 1918...“ (Malik-Verlag, Berlin). Mit Recht nennt er sie so, und wir wollen ihm auch das Recht zubilligen, eine realpolitische Utopie zu schreiben. Das Buch, das der Arbeiterschaft die Mängel des Reformismus zeigen soll, ist insofern geschickt geschrieben, als nicht direkt gesagt wird, man hätte zu den Bolschewisten gehen sollen, sondern die Nachkriegsgeschichte wird so dargestellt, wie sie hätte sein können, wenn in der 4. Extraausgabe des „Vorwärts“ vom 9. November 1918 gestanden hätte: „Noske in Kiel von roten Matrosen festgenommen! Ebert im Flugzeug nach Holland entflohen! Nieder mit den Reformisten! ... Nach kurzem, blutigem Kampf wurde das „Vorwärts“-Gebäude von roten Soldaten besetzt. ... Das revolutionäre Proletariat hat seine Zeitung wieder in Besitz genommen.“

Die ganze Nachkriegsgeschichte wird dann ausschließlich in möglichen, aber leider nicht wirklichen „Vorwärts“-Berichten dargestellt. Die Revolution, der Wiederaufbau, die Revolution in anderen Ländern, bis schließlich auch in Amerika der Kapitalismus durch die wirtschaftliche Macht der sozialistischen Länder so geschwächt wird, daß die ganze Erde schon 1929 in den Händen der Sozialisten liegt. (Dieses Tempo allerdings scheint mir nicht eine realistische, sondern eine utopische Utopie zu sein.)

Das Buch ist für uns vor allem darum interessant, weil es den Aufbau einer kollektivistischen Wirtschaft genau schildert, und dabei erfreulicherweise auch die Schwierigkeiten darstellt, wenn auch wohl oftmals unterschätzt. Auch der technische Fimmel, der die Produktion ins Riesenhafte steigern will, ohne in ausreichendem Maße nach den wirklichen Lebensbedürfnissen zu fragen, gelangt zum Ausdruck (wird aber kaum kritisiert). Jedenfalls ist das Buch sehr geeignet, Kennen zu lernen, was Kommunisten machen würden, wenn sie die Welt besäßen. Und so wie Müller es schildert, würden sie es machen!

Zur Konferenz von Ottawa.

Wird das britische Weltreich neu gefestigt?

Am 21. Juli soll die Konferenz des britischen Weltreichs in Ottawa (Kanada) eröffnet werden. Diese Konferenz hat vor allem den Zweck, die mindestens teilweise auseinanderstrebenden Gebiete des britischen Weltreichs wirtschaftlich wieder enger zusammenzuschließen.

Die Ergebnisse der Konferenz werden nicht nur für die beteiligten Gebiete selber von Bedeutung sein, sondern auch für viele anderen Länder. Entfällt doch auf jene Gebiete rund ein Viertel des Welthandels! Deutschland zum Beispiel macht ungefähr 17 Prozent seiner Außenhandelsumsätze mit dem britischen Weltreich. Ein engerer Zusammenschluß dieses Reiches und sein Abschluß nach außen würde daher für den gesamten Welthandel große Verschiebungen mit sich bringen. Die Frage ist nun, ob es zu diesem engeren Zusammenschluß wirklich kommen wird.

Den Ausgangspunkt für die wirtschaftlichen Beratungen in Ottawa werden vor allem zwei Tatsachen bilden:

1. Großbritannien hatte bis vor kurzem als Freihandelsland nur geringe Möglichkeiten, die Einfuhr aus den anderen Gebieten des britischen Weltreichs zu bevorzugen. Seit der Errichtung von Zollmauern sind die Möglichkeiten dazu erheblich gewachsen. Die Errichtung von Zollmauern ist zum Teil gerade unter diesem Gesichtspunkt befürwortet worden. Die Schutzpropaganda wurde bekanntlich teilweise mit dem Kampfruf „Empire-Free-Trade“ (Weltreich-Freihandel) geführt.

2. Die wirtschaftliche Verflechtung zwischen Großbritannien und den übrigen Gebieten des britischen Weltreichs hat sich seit der Vorkriegszeit stark gelockert. Die Zahlen, die diese Behauptung belegen und die wir auf Grund der „Wochenberichte des Instituts für Konjunkturforschung“ nachstehend bringen, sind sehr eindrucksvoll. Wir können verstehen, daß sie den Staatsmännern, die das britische Weltreich erhalten wollen, mindestens ebenso viele Sorgen bereiten wie die Unabhängigkeitsbestrebungen in Indien und Irland.

Die wirtschaftliche Unabhängigkeit der übrigen Gebiete des Weltreiches von Großbritannien wächst.

Die Aufnahmefähigkeit der übrigen Gebiete des britischen Weltreichs ist in den letztvergangenen Jahrzehnten gewachsen. Diese gewachsene Aufnahmefähigkeit kam aber Großbritannien nur in geringem Umfang zugute. Die Einfuhr dieser Gebiete stieg von 1913 bis 1929 folgendermaßen:

Einfuhr der übrigen Gebiete des britischen Weltreiches.

	1913	1929
	Millionen Pfund Sterling	
Gesamteinfuhr	501,1	961,2
aus Großbritannien	222,1	300,9
aus anderen britischen Ländern	57,7	129,7
aus fremden Ländern	221,4	530,6

(Der Handel mit dem Irischen Freistaat ist in dieser und den folgenden Tabellen weggelassen worden, um eine Vergleichung mit 1913 zu ermöglichen; der Irische Freistaat besteht erst seit 1921.)

Der Anteil Großbritanniens an der Einfuhr dieser Gebiete ist in der betrachteten Zeit von 44 Prozent auf 31 Prozent gesunken. Nicht-britische Länder, vor allem Japan und die USA, befriedigten einen wachsenden Teil ihres Einfuhrbedarfs.

Auch die Aufnahmefähigkeit Großbritanniens für Produkte der übrigen Gebiete des britischen Weltreichs ist verhältnismäßig gefallen. Diese mußten sich also in wachsendem Ausmaß andere Absatzgebiete suchen.

Ihre Ausfuhr entwickelte sich von 1913 bis 1929 folgendermaßen:

Ausfuhr der übrigen Gebiete des britischen Weltreiches.

	1913	1929
	Millionen Pfund Sterling	
Gesamtausfuhr	443,7	898,1
nach Großbritannien	185,5	281,1
nach anderen britischen Ländern	47,0	107,5
nach fremden Ländern	211,2	509,5

Der Anteil der Ausfuhr, den Großbritannien aufnahm, ist in der betrachteten Zeit von 42 Prozent auf 31 Prozent der Ausfuhr gesunken.

Noch eindrucksvoller ist eine vom Institut für Konjunkturforschung zusammengestellte Tabelle über die Verteilung des Außenhandels einiger wichtiger Gebiete des britischen Weltreiches. Die Zahlenangaben sind Prozent-Angaben; dargestellt ist zum Beispiel, wieviel Prozent der Gesamteinfuhr aus Großbritannien und wieviel aus fremden Ländern stammt.

Die Verteilung des Außenhandels der wichtigsten Länder des britischen Weltreichs.

	Einfuhr			Ausfuhr		
	aus Großbritannien	aus anderen britischen Ländern	aus fremden Ländern	nach Großbritannien	nach anderen britischen Ländern	nach fremden Ländern
Südafrikanische Union	1913	56,8	12,0	31,2	80,4	4,6
	1929	43,8	12,3	43,9	49,5	10,0
Australischer Bund	1913	52,4	10,0	37,6	45,5	7,9
	1929	39,8	13,3	46,9	38,1	12,7
Neuseeland	1913	61,1	20,8	18,1	84,1	8,2
	1929	46,2	21,6	32,2	75,0	10,4
Britisch Indien	1913	65,4	5,7	28,9	23,5	14,2
	1929	43,8	8,7	47,5	21,4	14,3
Kanada	1913	21,4	3,6	75,0	49,9	5,4
	1929	15,2	5,1	79,7	25,3	8,5

Die Bedeutung Großbritanniens als Lieferant und Kunde ist für alle diese Länder zurückgegangen.

Wir greifen die krassen Beispiele heraus: 1913 setzte die Südafrikanische Union 80 Prozent ihrer Ausfuhr in Groß-

britannien ab, 1929 nur noch 50 Prozent; die entsprechenden Angaben für Kanada lauten: 50 und 25 Prozent.

Für Kanada ist also Großbritannien als Absatzgebiet nur noch halb so wichtig wie vor dem Kriege.

Die wirtschaftliche Abhängigkeit Großbritanniens von den übrigen Gebieten des Weltreiches wächst.

Während die Abhängigkeit der übrigen Gebiete von Großbritannien in jeder Richtung abnimmt, nimmt die Bedeutung des Handels mit diesen Gebieten für Großbritannien in jeder Richtung zu.

Die englische Ausfuhr entwickelte sich von 1913 bis 1929 folgendermaßen:

Einfuhr Großbritanniens.

	1913	1929
	Millionen Pfund Sterling	
Gesamteinfuhr	768,7	1189,1
aus britischen Ländern	191,5	314,8
aus fremden Ländern	577,2	874,2

Die Einfuhr aus den übrigen Gebieten des britischen Weltreiches machte 1913: 25 Prozent, 1929: 27 Prozent der Gesamteinfuhr aus.

Aehnlich stieg die Bedeutung der übrigen Gebiete des Weltreiches als Absatzmarkt für Großbritannien. Das zeigen die folgenden Angaben.

Ausfuhr Großbritanniens.

	1913	1929
	Millionen Pfund Sterling	
Gesamtausfuhr	525,3	696,5
nach britischen Ländern	193,3	289,0
nach fremden Ländern	329,9	407,6

1913 gingen 37 Prozent, 1929 aber 42 Prozent der Ausfuhr Großbritanniens in Gebiete des britischen Weltreichs.

Was kann Großbritannien in Ottawa bieten?

Wenn wir nur die Handelsverpflichtungen betrachten, so ist Großbritannien in Ottawa offenbar in einer ungünstigen Stellung:

Die anderen Gebiete sind auf Großbritannien als Lieferanten und als Kunden weniger angewiesen als vor dem Kriege.

Und umgekehrt ist Großbritannien auf diese Gebiete als Lieferanten und insbesondere als Kunden mehr angewiesen als vor dem Kriege.

Wir dürfen allerdings nicht vergessen, daß die anderen Gebiete an Großbritannien stark verschuldet sind, mit ins-

Welche Interessen sollen in Ottawa ausgeglichen werden?

Wir wollen nicht im voraus mehr Tatsachen häufen, können aber auf Grund der gemachten Angaben wohl bereits kurz zusammenfassen: Es wird für Großbritannien sehr schwierig sein, das britische Weltreich wirtschaftlich wieder fest zusammenzufassen.

Die in Frage stehenden Interessen sind sehr mannigfaltig und durchaus nicht gleichgerichtet. Nicht einmal die Interessen aller Kapitalisten in Großbritannien laufen in gleicher Richtung: Die Ausführungsindustriellen haben andere Interessen als die Kapitalisten, die innerhalb des Weltreichs Kapital angelegt haben; wieder andere Interessen haben diejenigen Kapitalisten, die außerhalb des Weltreichs, zum Beispiel in Argentinien, Kapital angelegt haben. Die Ausführungsindustriellen, die vornehmlich nach Dänemark und Argentinien ausführen, haben andere Interessen als diejenigen, die vornehmlich nach Indien ausführen, u. s. w.

Es wird vermutlich aller Klugheit der englischen Kapitalisten und ihrer Vertreter in Ottawa bedürfen, um das Gebäude des britischen Weltreichs vor dem Auseinanderbrechen zu bewahren. Das Ergebnis der Konferenz wird — im Fall

gesamt 2 Milliarden Pfund Sterling (rund 30 Milliarden Mark). Doch ist die Stellung von Schuldnern, die — wenigstens vorübergehend — nicht voll zahlungsfähig sind, gegenüber den Gläubigern bekanntlich nicht unter allen Umständen schwach!

Wenn wir von den politischen Beziehungen absehen, so ist für das Ergebnis der Konferenz von Ottawa wohl entscheidend wichtig, was Großbritannien den politisch und als Schuldnerländern von ihm abhängigen Ländern zu bieten hat. Es mag sein, daß es ihnen teilweise eine Erleichterung der Schuldenlast bietet. Doch könnte man darüber heute nur vage Vermutungen äußern.

Etwas mehr kann man darüber sagen, welche handelspolitischen Vorteile Großbritannien vergeben kann. Die Gewährung von Vorzugszöllen durch das Schutzzollland Großbritannien wäre natürlich nicht ohne Bedeutung für die übrigen Gebiete. Diese Gabe ist aber nicht von solchem Gewicht, wie man zunächst vermuten könnte.

Die englischen Zölle betreffen hauptsächlich halbfertige und fertige Industrieprodukte. Die Einfuhr Englands aus dem britischen Weltreich setzt sich aber zu neun Zehnteln aus anderen Produkten zusammen.

Vorzugszölle würden also nur etwa ein Zehntel der Einfuhr Großbritanniens aus dem britischen Weltreich betreffen.

Die wichtigsten Nahrungsmittel und Rohstoffe, die aus dem britischen Weltreich nach Großbritannien geliefert werden, gehen dort zollfrei ein.

Es ist natürlich möglich, die Produkte aus dem britischen Weltreich bei der Einfuhr zum Beispiel durch Kontingentierungsmaßnahmen zu bevorzugen. Es ist aber fraglich, in welchem Umfang sich Großbritannien zu solchen Vorzugsbehandlungen entschließen wird. Denn es ist klar, daß es dadurch seine Industrieimport zum Beispiel nach Dänemark und Argentinien schädigen wird; es ist möglich, daß es seine erheblichen Kapitalanlagen in Argentinien sogar gefährdet.

Die Umlegung des Rindfleisch-Einkaufs von Argentinien auf Gebiete des britischen Weltreichs, besonders auf Australien, ist technisch natürlich leicht möglich. Schwieriger wäre bereits die Umleitung des Einkaufs von Häuten; die englischen Gerberereien sind nämlich auf die Verarbeitung von feucht zubereiteten Häuten eingestellt, während gerade aus den Ländern des britischen Weltreichs trockene Häute eingeführt werden. Die englische Textilindustrie ist weitgehend auf die Verarbeitung von amerikanischer und ägyptischer Baumwolle eingestellt; es ist sehr fraglich, ob man die kurzfasrige indische Baumwolle in Lancashire einbürgern kann. Es gibt noch mehr solche technischen Schwierigkeiten.

Ihres Gelingens — vermutlich eine gewisse Ausdehnung der Interessen sein, da Großbritannien einen nur von den Interessen seiner Kapitalisten diktierten Machtspruch nicht riskieren kann. Es wird sich aber nur handeln um einen gewissen Ausgleich kapitalistischer Interessen.

Die Interessen der Arbeiter und Bauern werden nur dann Berücksichtigung finden, wenn sie zufällig mit den Interessen mächtiger Kapitalistengruppen zusammenfallen. Man wird dann natürlich von jenen Arbeiterinteressen viel reden und von den Kapitalisteninteressen schweigen. (Man wird zum Beispiel laut von den Interessen der englischen Arbeiter an billigen Brot reden und viel leiser von den Interessen der englischen Kapitalisten an niedrigen Lebenshaltungskosten!) Solche Reden können über den Charakter der Konferenz nicht täuschen.

Die Stimme des Rechts wird auf dieser Konferenz kaum Gehör, geschweige denn Beachtung finden. Denn es sind ja die Räuber des indischen Reichs, die Unterdrücker des indischen Freiheitskampfes, die in Ottawa den Ton angeben.

Rpt.

Es gibt noch gutgehende Unternehmungen.

13. Liste.

	Dividende auf das Stammkapital	
	1931	1932
	(in Prozenten)	
Consolidiertes Braunkohlenbergwerk Caroline bei Offleben A. G. zu Magdeburg (zum Konzern der I. G. Farbenindustrie A. G. gehörend)	7	7
Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft, Dossau	9	7*
Salamander A. G. (Schuhfabrik) Kornwestheim, Württemberg	8	7
Deutsche Grube bei Bitterfeld (zum Konzern der I. G. Farbenindustrie A. G. gehörend)	8	8
Berlin-Gubener Hutfabrik A. G. vorm. A. Cohn, Guben	12	8
Dörstewitz-Rattmannsdorfer Braunkohlenindustrie-Gesellschaft zu Rattmannsdorf (zum Konzern der I. G. Farbenindustrie gehörend)	12	10
Elektrizitätswerke-Betriebs-A. G. Riesa/Sa.	12	10
Zwickauer Kammgarn-Spinnerei in Zwickau A. G. für Kohlensäure-Industrie in Berlin	12	10*
Jenaer Elektrizitätswerke A. G., Jena	12	10
Allgemeine Maggi-Gesellschaft, Kempttal-Lindau (Schweiz)	10	10*
Knoll A. G., Chemische Fabriken, Ludwigshafen am Rhein	15	12*
Essener Bergwerks-Verein König Wilhelm, Essen-Borbeck	12	12
Haus Bergmann Zigarettenfabrik A. G., Dresden		25

*) Vorgeschlagen

ENGLAND

Wo nimmt die Arbeitslosigkeit zu? Am 27. Juni waren laut amtlichem Ausweis in Großbritannien 6037 Menschen mehr arbeitslos als vor einem Monat. Nachstehende Zahlen zeigen, daß die Beschäftigung in manchen Industriebezirken stark abgenommen hat: In den Midlands nahm die Arbeitslosigkeit um 24 542, in Nordostengland um 20 137 und in Wales um 23 262 zu. — Im Bergbau allein wurden während des Juni 82 000 Mann entlassen.

Englisch-irischer Zollkrieg und seine Folgen: Die wichtigsten Einfuhrwaren aus Irland werden vom 15. Juli ab mit einem Wertzoll von 20 Prozent belegt; England will sich dadurch schadlos halten für die Einbehaltung von Schuldentberweisungen aus Irland. — Rückwirkungen: Irland antwortet seinerseits mit Zollerhöhungen gegenüber England. Die Dänen freuen sich, die irische Konkurrenz auf dem englischen Markt los zu sein. Deutsche Exportindustrielle bedauern, daß durch den englisch-irischen Zollkrieg die wirtschaftliche Verknüpfung zwischen Dänemark und England enger wird.

BELGIEN

Ein Walzdraht-Außenseiter: Dem internationalen Walzdraht-Kartell ist in Belgien ein Außenseiter entstanden, der in der Nähe von Antwerpen Walzdraht-Fabrikate herstellt. Die Kartellmitglieder versuchen eine Art Boykott gegen den neuen Außenseiter, um ihm das notwendige Rohmaterial abzugeben; ob diese Aktion Erfolg hat, wird bezweifelt.

DEUTSCHLAND

Sinkende Eisen- und Stahlerzeugung: Arbeitstätige Erzeugung von (in Tonnen)

	Juni 1931	Mai 1932	Juni 1932
Roh Eisen	19 183	12 303	10 331
Rohstahl	29 958	27 178	19 456